

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Freie Liste Österreich (FLÖ) – weil unser Herz für Österreich schlägt



Liebe Leser!

Diese Ausgabe unseres Nachrichtenblattes ist eine Sondernummer zur bevorstehenden

NR-Wahl. Wie Sie aus unserer letzten Aussendung wissen, haben wir in diesem Zusammenhang eine Partnerschaft mit der Freien Liste Österreich (FLÖ) von Barbara Rosenkranz und Karl Schnell vereinbart. Ein wesentlicher Grund dafür war eine weitgehende inhaltliche Übereinstimmung in den Punkten:

- **Unsere Heimat schützen:**
Sofortiger Zuwanderungsstopp und konsequente Abschiebung
- **Irrweg EU:** Schrittweiser Austritt Österreichs
- **Ausbau der Direkten Demokratie:** Bürger müssen durch Volksabstimmungen das letzte Wort haben.
- **Soziale Verantwortung in Zeiten der Globalisierung:** Familien, die ältere Generation und die heimischen Klein- und Mittelbetriebe nicht im Stich lassen.
- **Einhaltung der Immerwährenden Neutralität:** Kampfeinsätze unserer Soldaten im Ausland gehören nicht dazu.

Im Zuge der wahlwerbenden Aktivitäten werden wir nicht selten gefragt, worin denn nun die Unterschiede des FLÖ-Programms zu dem der FPÖ bestehen. Auch wenn sie bei oberflächlicher Betrachtung nicht allzu groß erscheinen, für uns sind sie gerade in den wesentlichen Fragen bedeutend. Was wir in jüngster Zeit an der FPÖ beobachten konnten, bestätigt unsere zunehmende Skepsis. In mehreren Medien, speziell in einer TV-Konfrontation mit Neos-Vorsitzendem Strolz im OE24-Sender (20.9.17) ließ FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache mit folgenden Aussagen aufhorchen:

„Da gibt's keine Mehrheit für einen Austritt aus der EU. Und den hat die FPÖ auch nie gefordert! Gäbe es eine Initiative für eine Volksabstimmung über den Austritt Österreichs aus der EU, dann sagt die FPÖ nein! ... Ein Austritt aus der EU ist dumm und unsinnig. Eine Volksabstimmung über den Austritt Österreichs aus der EU wird keine Maßnahme der

FPÖ sein.... Als Kanzler werde ich keine Volksabstimmung über den Austritt aus der EU anstreben. Ich würde vielmehr die Empfehlung geben, nicht aus der EU auszutreten.“

Das klingt unserer Einschätzung nach sehr nach einer Annäherung an die aus dem Hut gezauberte und sich scheinbar in Richtung Bürgernähe hinbewegende „Kurz-ÖVP“.

Soll damit eine künftige Regierungskoalition mit der FPÖ als Junior-Partner vorbereitet werden? Indem man sie an eine scheinpatriotische „neue ÖVP“ anbindet, wären die Anliegen der Freiheitlichen als bisherige Träger der patriotischen Bewegung in Österreich neutralisiert.

Es sieht danach aus, als würde das nationale Widerstandspotential den Macht-Eliten nicht nur in Österreich, auch europaweit – der Erfolg der AfD in Deutschland ist ein aktuelles Beispiel dafür – zu gefährlich werden. Aus ihrer Sicht gehört es unschädlich gemacht.



DAS GROSSE WAHLDUELL: STRACHE VS. STROLZ

In der TV-Konfrontation am 20.9.2017 verriet Strache seine Abneigung gegen einen EU-Austritt.

Bild: Screenshot
OE24.TV

Einen Punkt möchten wir besonders hervorheben: Im Laufe unserer politischen Arbeit ist uns klar geworden, dass die Forderung nach einem EU-Austritt hinsichtlich der Positionierung, ob man auf der Seite der Bürger oder der Machteliten steht, das entscheidende Kriterium ist.

Deshalb ist diese Forderung für „Populisten“ – für uns ein positiver Begriff – unumgänglich. Allerdings sind die Austrittsmodalitäten klug und schrittweise durchzuführen. Wir finden folgende Schritte empfehlenswert:

1. Ausnahmeregelungen für Österreich wie in Dänemark einfordern (siehe Rahmen)
2. Austritt aus EURATOM
3. Austritt aus der NATO-PfP
4. Austritt aus dem EURO
5. Austritt aus der EU

Die Schritte 1 bis 5 sind jeweils durch eine Volksabstimmung zu entscheiden.

Ein weiteres wichtiges Beurteilungskriterium ist für uns das Verhältnis

einer wahlwerbenden österreichischen Partei zur Neutralität im Spannungsfeld zur „europäischen Solidarität“. Auch hier teilen wir nicht die Position der FPÖ, die „eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eines europäischen Staatenbundes“ befürwortet. Was so viel bedeutet, dass Mitgliedsstaaten unter einem EU-Mandat verpflichtet werden können, an Kriegen teilzunehmen – sogar außerhalb Europas.

Wir hingegen bekennen uns ohne Abstriche und ohne verbale Verrenkungen zum Friedens- und Sicherheitskonzept der „Immerwährenden Neutralität“ von 1955, ohne Beistandsverpflichtung, auch in terroristisch begründeten Anlassfällen.

Jetzt wünschen wir uns für die verbleibenden Tage noch eine gedeihliche Zusammenarbeit mit der *Freien Liste Österreich - FLÖ* und mit Ihrer Unter-



FLÖ-Wahlplakat
aus einer 8er-Serie zu allen wesentlichen Themen.

stützung, sehr geehrte Leserin und sehr geehrter Leser, eine erfolgreiche Nationalratswahl 2017!

Ihr
Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli,
Bundesobmann



Ausnahmeregelungen für das EU-Mitglied Dänemark

Dänemark ist **nicht verpflichtet**, an der dritten Stufe der **Wirtschafts- und Währungsunion** und der Einführung einer gemeinsamen Währung teilzunehmen, auch nicht an Vorbereitung und Durchführung einer gemeinsamen **Verteidigungspolitik**. Es ist auch nicht verpflichtet, die **nationale Staatsbürgerschaft** im Rahmen der vorgesehenen Unionsbürgerschaft einzuschränken.

Im Falle einer Vergemeinschaftung von Befugnissen im Bereich **Justiz und Inneres** ist die Zustimmung des dänischen Parlamentes mit einer Mehrheit von fünf Sechsteln oder eine weitere Volksabstimmung erforderlich.

Außerdem wurde klargestellt, dass Dänemark ohne Einschränkung über seine eigene **Einkommenspolitik, Umweltschutzziele und Sozialleistungen** bestimmen kann.

(Aus dem Protokoll 5 des EU-Vertrages: „Bestimmungen über die Position Dänemarks“)

***Wenn wir für Österreich eine ähnliche Sonderregelung wie die dänische erreichen würden, dann hätten wir schon sehr viel Souveränität zurückgewonnen.
Das wäre ein erster Schritt zum gänzlich befreienden Austritt Österreichs aus der EU.***

Sebastian Kurz - eine Mogelpackung?

Er ist laut Umfragen der beliebteste Politiker des Landes. Er plädiert für Flüchtlingslager außerhalb Europas, ist für ein nationales Auftrittsverbot für den türkischen Staatschef Recep Erdogan und posiert medienwirksam vor dem Grenzzaun in Mazedonien. Sebastian Kurz ist der politische Medienstar in Österreich und auch in ausländischen Medien ein beliebtes Thema. Er drückt sich gewählt aus, argumentiert ruhig und ist laut Umfragen der beliebteste Politiker Österreichs. Für die ÖVP ist er die einzige Hoffnung, bei den kommenden Wahlen gut abzuschneiden. Doch hinter der Fassade kommt ein Sebastian Kurz um Vorschein, der beste Kontakte zu den Förderern der Masseneinwanderung hat und der österreichische Soldaten in EU-Kriegseinsätze schicken will.

„Der Islam gehört zu Österreich“, verlautbarte er beispielsweise immer wieder. Kurz propagiert das australische Einwanderungsmodell, in dem illegal Ankommende (also die meisten Asylwerber), entweder sofort zurückgeschickt oder in Lagern festgehalten werden, bis eine Rückreise möglich ist. Doch das ist nur die halbe Wahrheit: Er fordert Flüchtlingskontingente für die EU über sogenannte Resettlement-Programme, also Wiederansiedlungsprogramme. Sein Credo: „Wir wollen keine Abschottung Europas.“ Stattdessen müsse man einerseits vor Ort helfen und andererseits „legale Fluchtwege“ schaffen. In Österreich „sind jedenfalls 10.000 bis 15.000 Menschen pro Jahr bewältigbar“, erklärte Kurz beispielsweise in einem Interview mit dem ORF. Nach zehn Jahren wären das bereits Hunderttausende weitere Menschen aus fremden Kulturen - wenn man den Familiennachzug und Nachwuchs der Ankommenen mitrechnet. Statt mit Schiff und Schlepper soll es nun bequem mit Flugzeug und Stewardess nach Österreich gehen - finanziert durch den Steuerzahler.

Eine fast gleichlautende Forderung erhob für die gesamte EU mehrmals der Multimilliardär und Heuschreckenspekulant George Soros. Kurz wurde von ihm persönlich in dessen einflussreiche Denkfabrik European Council on Foreign Relations (ECFR) geholt.

Trotz zum Teil eklatanter Probleme mit Ausländern schätzt Kurz diese Bevölkerungsgruppe ganz besonders hoch ein: „Der durchschnittliche Zuwanderer von heute ist gebildeter als der durchschnittliche Österreicher“, erklärte er beispielsweise im Jänner 2015 bei einer Veranstaltung in Gerasdorf. Eine Statistik des Österreichischen Integrationsfonds aus demselben Jahr zeigt das genaue Gegenteil.

Auch wenn Kurz im März leise die Bürokratie der EU kritisiert, **er ist ein uneingeschränkter Anhänger des Brüsseler Gebildes**. Für ihn ist die EU ein „Friedensprojekt, eine Wertegemeinschaft und eine Erfolgsgeschichte“. Derzeit setzt er sich vehement für eine „schnelle EU-Krisenreaktionstruppe“ für EU-Kriegseinsätze in aller Welt ein. Österreich sollte diese neue EU-Eingreiftruppe „finanziell und personell unterstützen“. Außer Lippenbekenntnissen ist die Neutralität für Kurz und die ÖVP kein Thema mehr. *Quelle: „Alles roger“, Klaus Faißner*

ZAHLUNGSANWEISUNG

AT

EmpfängerIn Name/Firma NFÖ Neutrales Freies Österreich	
IBAN EmpfängerIn AT31 4239 0000 0002 9637	
BIC (SWIFT-Code) der Empfängerbank VBOEAT33XXX	Ein BIC ist verpflichtend anzugeben, wenn die IBAN EmpfängerIn ungleich AT beginnt
Betrag EUR	
Prüfziffer	
Nur zum maschinellen Bedrucken der Zahlungsreferenz	
Verwendungszweck wird bei ausgefüllter Zahlungsreferenz nicht an EmpfängerIn weitergeleitet	
Aktivitäten für: <input type="radio"/> Souveränität (EU-Austritt) <input type="radio"/> Direkte Demokratie <input type="radio"/> Neutralität	
<input type="radio"/> Kostenbeitrag für Nachrichtenblatt <input type="radio"/> Mitgliedsbeitrag <input type="radio"/> Danke!	
IBAN KontoinhaberIn/AuftraggeberIn	
KontoinhaberIn/AuftraggeberIn Name/Firma	
006	
Betrag +	
Beleg +	
Unterschrift Zeichnungsberechtigter	

ZAHLUNGSANWEISUNG AUFTRAGSBESTÄTIGUNG

EmpfängerIn Name/Firma NFÖ Neutrales Freies Österreich	
IBAN EmpfängerIn AT31 4239 0000 0002 9637	
BIC (SWIFT-Code) der Empfängerbank VBOEAT33XXX	Ein BIC ist verpflichtend anzugeben, wenn die IBAN EmpfängerIn ungleich AT beginnt
Betrag EUR	
Prüfziffer	
Nur zum maschinellen Bedrucken der Zahlungsreferenz	
Verwendungszweck wird bei ausgefüllter Zahlungsreferenz nicht an EmpfängerIn weitergeleitet	
Aktivitäten für: <input type="radio"/> Souveränität (EU-Austritt) <input type="radio"/> Direkte Demokratie <input type="radio"/> Neutralität	
<input type="radio"/> Kostenbeitrag für Nachrichtenblatt <input type="radio"/> Mitgliedsbeitrag <input type="radio"/> Danke!	
IBAN KontoinhaberIn/AuftraggeberIn	
KontoinhaberIn/AuftraggeberIn Name/Firma	
006	
Betrag +	
Beleg +	
Unterschrift Zeichnungsberechtigter	

Schulden eindämmen durch Direkte Demokratie

(Leserbrief)

Eine Politik, die auf Kosten der Steuerzahler nur mit Verwalten und Machterhalt ausgerichtet ist, die letzten Endes die Reichen reicher und die Armen ärmer macht, ist viel zu gefährlich als dass man sie alleine den Politikern überlassen sollte. Mehr direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild wäre eine mögliche Abhilfe.

Studien in der Schweiz zeigen, dass Kantone, in denen die Bürger bei Volksabstimmungen selbst über geplante Ausgaben entscheiden, weniger verschuldet sind als jene, wo die Regierungen im Alleingang die Verwendung des Budgets bestimmen. Der direkte Vergleich der Bundeshaushalte zwischen der Schweiz und Österreich bestätigt diese Studien. Während die Schweiz es im Zeitraum von 2004 bis 2014 trotz Finanz- und Wirtschaftskrise schaffte das Budgetdefizit um 22 Milliarden Euro (24 Milliarden CH) auf 204 Milliarden Euro zu senken, ist im gleichen Zeitraum in Österreich das Budgetdefizit um 121 Milliarden Euro auf 278 Milliarden Euro gestiegen und beträgt derzeit ca. 295 Milliarden Euro. Diese Zahlen belegen eindeutig, dass es Sinn macht die Bürger direkt zu aktuellen Entscheidungen einzubinden.

Es schmerzt, wenn gerade jene Regierungspartei, die für sich in Anspruch nimmt die Interessen der Arbeiter, Angestellten und der kleinen Gewerbetreibenden zu vertreten und der eigentlich das größte Wählerpotential zu Verfügung steht, im völligen Einklang mit seinem Regierungspartner und den neun Landeskaisern direkte Demokratie ablehnt.

Rudolf Setzer, 2380 Perchtoldsdorf

Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären.

Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.

Allen unseren bisherigen Spendern sagen wir ein herzliches Dankeschön!

**Bitte Adressenänderung frühzeitig bekannt geben.
Danke!**

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich. Fotos: privat
Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich – NFÖ*, A-6010 Innsbruck, Postf. 110, Telefon: 0699-10086924, buendnis@nfoe.at - Bankverb.: Volksbank, BIC: VBOEATWWINN, IBAN: AT31 4239 0000 0002 9637; Druck: Sterndruck, Fügen - DVR3000098

**Österreich braucht eine wirksame „Direkte Demokratie“ mit verbindlichen Abstimmungen zu Sachfragen, die von den Bürgern für wesentlich erachtet werden!
Die Macht muss vom Volk ausgehen und nicht von zwei Parteien.**

Das Volk in seiner Gesamtheit („Kollektive Intelligenz“) ist immer geschickter, gerechter und sparsamer als die Volksvertreter in den gesetzgebenden Organen.

Nicht in der EU sind wir sicher, sondern in einem kleinen, neutralen und selbstbewussten Staat mit einer starken regionalen und eigenständigen Wirtschaft.